



Direktion der Justiz und de Innern
Regierungsrätin Jacqueline Fehr
Neumühlequai 10
8090 Zürich
Per E-Mail an valentina.butkovic@ji.zh.ch

Zürich, 19.09.2022/fs

Vernehmlassung zur Änderung des Erwerb ersatzgesetzes EOG, Parlamentsmandate während Mutterschaftsurlaub: Stellungnahme der SP Kanton Zürich

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Erwerb ersatzgesetzes EOG, Parlamentsmandate während Mutterschaftsurlaub.

Um die gesellschaftliche Vielfalt abbilden zu können, muss es auch Jungmüttern möglich sein, Parlamentsmandate auf allen Ebenen ohne Einschränkungen ausüben zu können. Vor diesem Hintergrund ist es ungerecht, wenn Jungmütter ihre Mutterschaftsentschädigung verlieren, wenn sie von ihrem Recht Gebrauch machen als gewählte Volksvertreterinnen während der Dauer des Mutterschaftsurlaubs an Parlamentssitzungen teilzunehmen.

In der Praxis wurde das bisher unterschiedlich gehandhabt und führte zu Unsicherheit für betroffene Parlamentarierinnen, besonders auf kommunaler und kantonaler Ebene. Obwohl sich das Bundesgerichtsurteil zum Fall Bertschy auf das Nationalratsmandat bezieht, ist es auch für kantonale und kommunale Parlamentarierinnen dringlich, dass das Gesetz angepasst wird.

Die SP Kanton Zürich unterstützt die ausgearbeitete Vorlage grundsätzlich. Aus Sicht der SP sollte die Vorlage der Kommissionmehrheit aber auf die Teilnahme an Kommissionssitzungen ausgeweitet werden, da zu einem Parlamentsmandat sowohl Parlaments- als auch Kommissionssitzungen gehören. Die Gesetzesanpassung ist dringlich und sollte so schnell wie möglich in Kraft gesetzt werden. Die Variante Caroni zur Verknüpfung des Anliegens mit der Stellvertretungsregelung erachtet die SP als Eingriff in die Kantonshoheit und lehnt sie deshalb ab.

Freundliche Grüsse

**Sozialdemokratische Partei
Kanton Zürich**

Priska Seiler Graf
Co-Präsidentin

Andreas Daurù
Co-Präsident